



Die „Green 10“. Eine Gruppe führender europäischer Umweltorganisationen mit Aktivitäten auf EU-Ebene.

UMWELT IM HERZEN EUROPAS

Ein ökologischer Fahrplan für 2009-2014

DIE ROLLE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

SEPTEMBER 2008

Ein gemeinschaftliches Dokument von den „Green10“ und den deutschen Umweltverbänden



Bankwatch Network
 BirdLife International
 Climate Action Network Europe (CAN)
 European Environmental Bureau (EEB)
 Friends of the Earth Europe
 Friends of Nature International
 Greenpeace European Unit
 Health and Environment Alliance
 European Federation for Transport and Environment (T&E)
 WWF European Policy Office

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort: Frieden und Wohlstand in Zeiten des ökologischen Zusammenbruchs	3
1. Das sechste große Artensterben verhindern: Verlust der Artenvielfalt und Kollaps der Ökosysteme	5
2. Agrarpolitikreform: Mehr öffentliche Gelder für öffentliche Güter ausgeben.....	7
3. Fördern Sie ein sauberes und effizientes Energiesystem.....	8
4. Lassen Sie Worten Taten folgen – Für einen nachhaltigen EU-Haushalt	10
5. Eine sauberere und sicherere Umwelt für gesündere EuropäerInnen.....	12
6. Globale Verantwortung übernehmen	14
7. Eine neue internationale Übereinkunft zum Klimawandel unter Führung der EU ...	15
8. Machen Sie Europa zur transporteffizientesten Wirtschaft der Welt	18
9. Agieren Sie im Rahmen der verfügbaren natürlichen Ressourcen	19
10. Verbessern Sie die Umsetzung der Gesetzgebung	21

I. Vorwort: Frieden und Wohlstand in Zeiten des ökologischen Zusammenbruchs

Die politischen Herausforderungen der nächsten fünf Jahre (2009-2014)

In den vergangenen 50 Jahren war die EU gefragt, Frieden und Wohlstand in Europa zu fördern. Aber heute macht es den Anschein, als könnte sie in diesem Bereich scheitern. Denn ihre derzeitige Politik zielt darauf ab, über die Grenzen der verfügbaren natürlichen Ressourcen zu konsumieren und damit die Ökosysteme zu degradieren.

Obwohl die Herausforderungen, vor denen Europa und die Welt stehen, auf den ersten Blick sehr vielfältig erscheinen, glauben die Green 10, dass die meisten Herausforderungen die Umwelt betreffen. Europa lebt bereits jenseits dessen, was sicher und nachhaltig ist. Denn unser Verbrauch an natürlichen Ressourcen ist mehr als doppelt so hoch wie die Kapazität. Wir setzen die Dezimierung der natürlichen Ressourcen fort, zerstören oder beeinträchtigen Ökosysteme und verschmutzen Luft, Gewässer und Böden. Der globale Wettbewerb um natürliche Ressourcen ist bereits ein Grund für Konflikte und Gewalt. Das alte Rezept von materiellem Wohlstand durch wirtschaftliches Wachstum beschleunigt den Klimawandel, den Rückgang der Artenvielfalt und den Zusammenbruch der Ökosysteme und untergräbt somit auch die wirtschaftliche Aktivität und die Grundlage unserer Zukunft.

Unsere derzeitigen Maßnahmen verlangsamen nur die Geschwindigkeit dieser Auswirkungen. Sie zielen aber nicht auf die Grundursachen. Die große Herausforderung für die EU ist nicht, den negativen Trend zu verlangsamen, sondern die Ursachen zu beheben. Das wäre echter Fortschritt.

Die Vision der Green 10 und der deutschen Umweltverbände für die nächsten fünf Jahre

Green 10 ist ein Zusammenschluss von zehn der größten auf EU-Ebene aktiven Umweltnetzwerken in Brüssel.

Weil viele Herausforderungen ökologischer Art sind, hängt der zukünftige Erfolg der EU von der Stärke ihrer ökologischen Visionen ab. In Zeiten der Ressourcenknappheit und des ökologischen Zusammenbruchs heißt Sicherheitspolitik Klimastabilität und sichere Wasserversorgung. Frieden wird mit effizienter Energiegewinnung aus Wind- und Sonnenkraft erreicht. Damit werden Länder unabhängiger von endlichen Energieressourcen. Nahrungsmittelsicherheit hängt von einer nachhaltigen Landwirtschaft ab, und damit kommt dem Schutz der Ökosysteme eine fundamentale Bedeutung für die Lebensqualität und den wirtschaftlichen Wohlstand zu.

Die EU muss eine führende Rolle bei der Förderung der nachhaltigen Entwicklung auf weltweiter, regionaler und nationaler Ebene einnehmen. Sie muss ihr aktuelles Konsumverhalten und ihre Produktionsmuster genauso hinterfragen und ändern wie ihr Transportverhalten. Die EU muss die Wirtschaft auf den Weg des niedrigeren Energie- und Ressourcenverbrauchs bringen. Die EU sollte diese Vision in die Welt tragen, indem sie ihre eigenen umfangreichen Importe hinterfragt. Sie muss in den Schutz der Ökosysteme investieren und damit den Rückgang der Artenvielfalt verhindern und der Bevölkerung das Recht sichern, in einer gesunden Umwelt zu leben. Um das zu erreichen, muss sie die Emission von Treibhausgasen deutlich verringern. Die EU benötigt über die Vereinbarungen von 2006 hinaus, eine ambitionierte Strategie für nachhaltige Entwicklung und die richtigen Instrumente zur Umsetzung. Die neue Strategie für nachhaltige Entwicklung mit den Eckpfeilern Umwelt,

Soziales und Wirtschaft sollte im Fall einer politischen Weichenstellung die gegenwärtige Lissabon-Strategie ersetzen, und aus einer Kombination aus rechtlichen, politischen und finanziellen Instrumenten bestehen.

Die Rolle des Europäischen Parlaments

Die Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 2009 ist ein wichtiger Zeitpunkt, um der Welt eine neue EU-Vision zu präsentieren: eine Agenda, die nicht auf Ängsten, Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der Ökosysteme und auf wirtschaftlichem Wettbewerb oder politischer Dominanz basiert. Diese Vision sollte aus den europäischen Werten Frieden, Zusammenarbeit, Integration, Solidarität, Respekt vor Menschenrechten und Umweltschutz bestehen.

Seit der Einführung des Maastrichter Vertrages von 1991 und des Mitentscheidungsverfahrens hat das Europäische Parlament eine zunehmend wichtige Rolle in der Entscheidungsfindung innerhalb der EU eingenommen.

Der neue Lissabon-Vertrag würde (sollte er in Kraft treten) dem Parlament neue Macht verleihen. Mitentscheidungsbefugnisse zwischen EU-Rat und EU-Parlament würden sich erheblich erweitern. Deren Ausweitung in die Bereiche Landwirtschaft, Fischerei- und Strukturfonds sowie Außenpolitik wäre besonders wichtig.

Die haushaltspolitischen Befugnisse des Parlaments werden ihm außerdem wichtige Kompetenzen bei der Frage, wie öffentliche Gelder der EU verwendet werden, zuweisen und zeigen, welchen Einfluss dies auf den Rest der Welt hat.

Mit diesen erweiterten Kompetenzen ist das Europäische Parlament in einer stärkeren Position, um den Umweltschutz und die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern. Wir hoffen, dass dies die europäischen Bürger zur Wahl motiviert. Das neue Parlament wird signifikanten Einfluss auf unsere Sicherheit, unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität haben.

Unsere Forderungen für das nächste Parlament können folgendermaßen zusammengefasst werden (Details auf den folgenden Seiten)

1. Verhindern Sie das sechste große Artensterben: Verlust der Artenvielfalt und Zusammenbruch der Ökosysteme
2. Agrarpolitikreform: Geben Sie öffentliche Gelder für öffentliche Güter aus
3. Fördern Sie ein sauberes und effizientes Energiesystem
4. Lassen Sie Worten Taten folgen – Für einen nachhaltigen EU-Haushalt
5. Eine sauberere und sicherere Umwelt für gesündere Europäer
6. Übernehmen Sie globale Verantwortung
7. Ermöglichen Sie eine internationale Übereinkunft zum Klimawandel durch eine Führungsrolle der EU
8. Machen Sie Europa zur transporteffizientesten Wirtschaft der Welt
9. Agieren Sie im Rahmen der verfügbaren natürlichen Ressourcen
10. Verbessern Sie die Umsetzung in der Gesetzgebung

Wir rufen alle politischen Parteien und KandidatInnen für das EU-Parlament auf, die Empfehlungen dieses Manifests zu unterschreiben und es zu nutzen, um Europa zu einer führenden Kraft der nachhaltigen Entwicklung zu machen.

1. Das sechste große Artensterben verhindern: Verlust der Artenvielfalt und Zusammenbruch der Ökosysteme

Die politischen Herausforderungen für die nächsten fünf Jahre

Europas empfindlichste Lebensräume werden geschwächt oder gehen verloren. Weltweit liegt die Aussterberate um mindestens hundert Mal höher als die natürliche Aussterberate. Die Zahlen weisen darauf hin, dass wir Zeugen des sechsten großen, globalen Artensterbens werden. Paläontologen sehen heute fünf große Artensterben und zahlreiche kleinere. Der Großteil der Meeresfischbestände liegt außerhalb sicherer biologischer Bestandsgrenzen. Weltweit wird die Zerstörung des Ökosystems Wald durch Umwandlung in Agrarflächen und illegalen Holzschlag vorangetrieben. Zudem zeigen sich mehr und mehr Auswirkungen von genetisch veränderten Pflanzen. All dies wird durch den Klimawandel verschärft. Gesunde Ökosysteme wären vitale Puffer gegen die gefährlichen Auswirkungen des Klimawandels.

Wenn das nächste EU-Parlament seine Arbeit 2009 aufnimmt, wird es wahrscheinlich zu dem Schluss kommen, dass die EU ihr Ziel verfehlt hat, den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 gestoppt zu haben. Trotz ihrer internationalen Verpflichtungen hat die EU es versäumt, sinnvolle Strategien zur Verkleinerung ihres ökologischen Fußabdrucks in den Wäldern der Erde zu schaffen. Trotz sogenannter Reformen ist die Gemeinsame Agrarpolitik hauptverantwortlich für den Verlust der Artenvielfalt. Der Umfang des EU-Versagens beim nachhaltigen Schutz unserer Meere und der Verwaltung unserer Fischerei ist eklatant. Die EU zeigt einen auffälligen Mangel an Kontrolle und eine Missachtung der Warnzeichen für den Zusammenbruch des Ökosystems.

Die Vision der Green 10 und der deutschen Umweltverbände für die nächsten fünf Jahre

Für eine ambitionierte europäische Politik im Bereich der Artenvielfalt wird politischer Druck benötigt. Belange des Ökosystems und der Artenvielfalt müssen sich in allen relevanten Bereichen der EU-Politik widerspiegeln. Eine langfristige Vision für Biodiversität wird neben konkreten Zielvorgaben und Zielen, den Verlust an Biodiversität zu reduzieren, benötigt.

Für die EU ist es an der Zeit, den Verlust der biologischen Vielfalt nicht nur einzudämmen, sondern die negativen Trends umzukehren. Wir müssen vielfältige, starke und widerstandsfähige Ökosysteme wiederherstellen, ohne die wir nicht in der Lage sind, uns an den Klimawandel anzupassen. Neben der Förderung der bestehenden Umweltschutzpolitik muss der EU-Haushalt Gelder investieren, die helfen, unser Ökosystem wieder herzustellen.

Gesunde und artenreiche Ökosysteme sind nicht nur für Naturschützer von Belang. Das Wohl der Menschen hängt von der weiteren Verfügbarkeit öffentlicher Güter und des Leistungspotenzials des Ökosystems ab, die immer öfter als selbstverständlich betrachtet werden. Der Klimawandel und die Beschädigung der Ökosysteme sind Teil des gleichen Problems. Es muss aber sorgfältig darauf geachtet werden, dass es nicht zu unnötigen Zielkonflikten zwischen der EU-Klimapolitik und dem Schutz der Biodiversität kommt.

Die Etablierung eines Finanzinstruments für unsere verbliebenen Wälder im globalen Klimasystem wird in den nächsten fünf Jahren für die Zeit nach 2012 entscheidend sein. Es ist Zeit, dass die EU ihre Phrasen zu illegalem Holzschlag und Holzhandel abstellt und zu einer effektiven Gesetzgebung gelangt. Neue Gesetze sind außerdem notwendig, um Kontaminationen durch Kulturen gentechnisch veränderter Organismen (GVO) zu verhindern und Unternehmen für den von Ihnen verursachten Schaden haftbar zu machen.

Die Green 10 und alle deutschen Umweltverbände rufen alle EU-Parlamentskandidaten und politischen Parteien dazu auf:

- 1. Seien Sie Vorreiter für ambitionierte neue politische Rahmenbedingungen beim Schutz der Biodiversität.** Diese sollen nicht nur den Verlust der Artenvielfalt stoppen, sondern die biologische Vielfalt und die Ökosysteme in der EU und der Welt wieder herstellen. Außerdem sollten die Rahmenbedingungen verbindliche Regelungen für den Umgang mit invasiven, gebietsfremden Arten einschließen. Die neuen politischen Rahmenbedingungen für den Schutz der Biodiversität müssen eine stärkere Integration dieser Belange in alle relevanten EU-Politikfelder ermöglichen, oder die Politik wird scheitern.
- 2. Wiederbeleben Sie die Debatte um die Finanzierung, Durchführung und Kommunikation der Rechtsvorschriften, die sich als wirksam erwiesen haben.** Hierzu gehören beispielsweise der Vogelschutz und die Regelungen zum Schutz des Lebensraums oder sich im Umsetzungsprozess befindende Richtlinien, wie die Wasserrahmenrichtlinie und die Meeresstrategie-Rahmenlinien. Es sollten 6,1 Milliarden Euro pro Jahr für Natura-2000-Gebiete bereitgestellt werden. Das Parlament sollte für die Umsetzung dieser Gesetze in den Mitgliedstaaten einen Zeitraum von fünf Jahren ansetzen. Es sollte Möglichkeiten geben, die Einhaltung der Gesetze zu verbessern und Staaten zu bestrafen, die ihre rechtlichen Pflichten im Rahmen dieser Richtlinien nicht erfüllen.
- 3. Stellen Sie eine gründliche und transparente Reform sicher, wie die EU GVO-Risikobewertungen durchzuführen hat.** Insbesondere sollte die Europäische Kommission in der Erfüllung ihrer Rolle als Ordnungshüterin bei der ordnungsgemäßen Umsetzung der geltenden Vorschriften über die GVO-Zulassung unterstützt werden. Auch die Kommission und die Mitgliedstaaten sollen ermutigt werden, strenge Regeln einzuführen, um der Kontamination in der EU („Ko-Existenz“) vorzubeugen, indem sie die technisch kleinstmöglichen Grenzwerte für GVO-Risikobewertungen bei der Novelle der Saatgut-Richtlinien sowie eine strenge Regelung zur vollen Haftung für Unternehmen, die eine Umweltbelastung durch die Produktion / Nutzung gentechnisch veränderter Kulturen verursachen, unterstützen.
- 4. Stellen Sie eine wirkliche Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik sicher.** Diese sollte effektive Maßnahmen beinhalten, um von konventionellen auf Ökosystem-basierte Managementpraktiken umzustellen, sie sollte radikal die Größe der EU-Fangflotte und deren Fangkapazität beschneiden sowie kontraproduktive Subventionen abschaffen. Die Etablierung von Fischschutzzonen, die Verbesserung der Erholung des Fischbestands, Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Fischerei und eine Steigerung der Inspektionskapazitäten der Kommission sind von wesentlicher Bedeutung. Ebenso wichtig ist die Einführung einer Obergrenze für die zulässigen Gesamtfangmengen, die im Einklang mit dem wissenschaftlich empfohlenen Vorsorgeprinzip für Fangmengen steht.
- 5. Die EU muss die Maßnahmen gegen die Entwaldung und Walddegradierung auch auf internationaler Ebene stärker unterstützen.** Dies sollte im Zusammenhang mit der Verhinderung weiterer klimatischer Veränderungen und dem Verlust der Biodiversität stehen. Das Parlament sollte eine erfolgreiche Durchführung des EU-FLEGT-Aktionsplans sicherstellen, inklusive der Annahme eines Gesetzes, das illegale Entwaldung reduziert und schließlich stoppt. Das erreicht sie, indem der Verkauf von Holz und Holzprodukten aus illegalen Ressourcen unterbunden wird. Das Parlament

muss außerdem sicherstellen, dass die EU die Einführung eines internationalen Fonds vorantreibt, um die verbliebenen Urwälder der Erde innerhalb der globalen Klimarichtlinien nach 2012 zu schützen (neben der Finanzierung in Entwicklungsländern). Die EU sollte sich verpflichten, genügend finanzielle Ressourcen bereitzustellen, um die Maßnahmen schnell realisieren zu können.

2. Agrarpolitikreform: Mehr öffentliche Gelder für öffentliche Güter ausgeben

Die politischen Herausforderungen der nächsten fünf Jahre

Auf die Gemeinsame Agrarpolitik entfallen über 40 Prozent des EU-Haushalts. Trotz fortlaufender Reformen wird sie den umweltpolitischen Herausforderungen, z.B. Rückgang der Biodiversität, Klimawandel, Luftverschmutzung, Boden-Degradation, Biozid-Einsatz und einer sich anbahnenden Wasserkrise nicht gerecht. Der Klimawandel macht tiefgehende Veränderungen in der Landnutzung und Landwirtschaft notwendig, um eine wirksame Eindämmung und Anpassung zu gewährleisten. Damit wird eine einheitliche, nachhaltige Politik der EU, die öffentlicher Güter aus öffentlichen Geldern bereitstellt, immer dringlicher.

Der größte Teil der Ausgaben der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geht als ungezielte Direktzahlung an Landwirte ohne eine Kopplung der Zahlungen an die öffentlichen Güter, einschließlich der „Nicht-Ernte-Güter“. Dazu gehören Wasserqualität, Lebensraum wild lebender Tiere und anderer Eingriffe ins Ökosystem. Tatsächlich gehen die höchsten Zahlungen oft an die größten, wettbewerbsfähigsten und intensiv genutzten landwirtschaftlichen Betriebe.

Die Vision der Green 10 und der deutschen Umweltverbände für die nächsten fünf Jahre

Die GAP braucht so schnell wie möglich eine radikale Überarbeitung hin zu einer wirksamen, nachhaltigen Bodennutzung und einer ländlichen Entwicklung, die auf dem Grundsatz beruht, dass alle öffentlichen Mittel den gelieferten öffentlichen Gütern eindeutig zugeordnet werden können. Das heißt, Landwirte sollen für die Bereitstellung dieser Leistungen an die Gesellschaft bezahlt werden, weil sie der Markt nicht entlohnt. Beispiele sind Leistungen für den Lebensraumerhalt für wilde Tiere, sauberes Wasser, Kohlenstoffspeicherung und Verbesserung des Landschaftsbildes. Die GAP soll außerdem Methoden wie die ökologische Landwirtschaft fördern, die wenige oder keine Biozide einsetzen, was generell nachhaltig und gut für die Gesundheit ist. Die öffentliche Nachfrage nach gesunden, hochwertigen und gentechnikfreien Lebensmitteln muss berücksichtigt werden, um die Bereitstellung dieser Art von Lebensmitteln für die breite europäische Öffentlichkeit sicherzustellen. Die Kontamination der Umwelt, der Lebensmittel und der Tiernahrung durch gentechnische Veränderung muss verhindert werden. Bei stabilen hohen Preisen werden ordnungspolitische Instrumente zur Förderung einer nachhaltigeren Landwirtschaft immer wichtiger. EU-Maßnahmen zum Schutz der Böden sind dringend notwendig, da unsere Böden Jahr für Jahr degradieren.

Die Green 10 und die deutschen Umweltverbände rufen die KandidatInnen für das EU-Parlament und alle politischen Parteien dazu auf:

- 1. Fördern Sie Umweltschutz und Nachhaltigkeit einschließlich positiver Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit** als wesentliche Ziele für die GAP und richten Sie die Bereitstellung öffentlicher Güter anders aus, insbesondere unterstützen Sie nachhaltige landwirtschaftliche Methoden und die Entwicklung des ländlichen Raumes für ökologische Landwirtschaft. Stellen Sie sicher, dass bei vollständiger Umsetzung aller integrierter Schädlingsbekämpfungsnormen die IPM-Standards eingehalten werden und sorgen Sie dafür, dass sich diese zu einer verbindlichen Grundlage für Landwirte, die öffentliche Unterstützung beziehen, entwickelt.
- 2. Unterstützen Sie effektive Landwirtschaftsmethoden in Europas Gebieten mit hohem Landschaftswert.** Dazu gehören etwa traditionelle, extensive Landwirtschaftsmethoden, die für die Aufrechterhaltung der europäischen Ökosysteme und Landschaft von entscheidender Bedeutung sind, die aber oft nicht auf dem freien Markt wettbewerbsfähig sind.
- 3. Den Handel mit Nachhaltigkeit verbinden:** Exportsubventionen und andere politische Maßnahmen, die den Entwicklungsländern schaden, müssen abgeschafft werden. Internationale Vereinbarungen müssen entwickelt werden, um die Basis der Umwelt – und Sozialstandards für alle am Weltmarkt gehandelten Produkte durchzusetzen.
- 4. Rufen Sie zu einer neuen Debatte auf, um die Verabschiedung von Rahmenbedingungen für eine Bodenrichtlinie sicherzustellen.** Wenn die Verabschiedung nicht während der sechsten Legislaturperiode erreicht wird, führt dies zu einem Rückschlag des aktuellen Prozesses gegen die Verschlechterung der Bodenqualität.
- 5. Verhindern Sie irreversible Kontamination der Umwelt mit GVO,** gewährleisten Sie dabei die Entwicklungsfähigkeit der konventionellen, GVO-freien und ökologischen Landwirtschaft.

3. Fördern Sie ein sauberes und effizientes Energiesystem

Die politischen Herausforderungen für die nächsten fünf Jahre

Der europäische Energiemarkt wird nach wie vor von großen, zentralen Kraftwerken dominiert. Diese nutzen umweltverschmutzende fossile und nukleare Brennstoffe genauso wie energieintensive Heiz- und Transportstrukturen, die größtenteils auf Öl und Gas basieren. Fossile Brennstoffe sind für 80 Prozent der Treibhausgasemissionen der EU verantwortlich. Nur 0,6 Prozent der Öl-, zwei Prozent der Gas-, 7,3 Prozent der Kohle- und fast keine der weltweiten Uran-Reserven liegen innerhalb der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Ein Wandel ist dringend notwendig, um die EU-Klimaziele zu erreichen, den globalen Temperaturanstieg unterhalb der gefährlichen 2°Celsius-Grenze zu halten und eine nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen.

Die EU muss aus besonders umweltverschmutzender und riskanter Energieerzeugung mit Brennstoffen aus Kohle, Öl und Uran aussteigen und in ein wirklich nachhaltiges Energiesystem investieren.

Die Vision der Green 10 und der deutschen Umweltverbände für die nächsten fünf Jahre

Mit Blick auf das Ende der neuen Legislaturperiode müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten die Umsetzung einiger wichtiger struktureller Veränderungen vorantreiben. Damit kann die Entwicklung eines sauberen Energiesystems, dessen Schwerpunkte auf der effizienten Nutzung von Energie und auf der breiten Einführung von Technologien für erneuerbare Energien liegen, erreicht werden. Energieeinsparung ist eines der kostenwirksamsten Instrumente für die EU zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Förderung eines geschickten Wirtschaftswachstums zum Nutzen der Umwelt und der Gesellschaft insgesamt.

Im Hinblick auf das enorme Einsparungspotenzial wird es für die EU entscheidend sein, endlich ein rechtsverbindliches Ziel von 20 Prozent Energieeffizienz bis zum Jahr 2020 durchzusetzen. Dies schlägt auch das Klima- und Energiepaket der Kommission vor. Die EU muss dafür sorgen, dass es zu einer schnellen und entschlossenen Umsetzung der bestehenden und künftigen Rechtsvorschriften in diesem Bereich kommt. Gleichzeitig wird die wirksame und zeitnahe Umsetzung der neuen Richtlinien zu erneuerbaren Energien und die Förderung sauberer und sicherer Energieversorgung in Europa (voraussichtlich im Jahr 2008 verabschiedet) von entscheidender Bedeutung für die Erreichung des 20-Prozent-Ziels bis zum Jahr 2020 sein. Darüber hinaus muss die EU die Entwicklung eines modernen und flexiblen Energiesystems vorantreiben, das eine optimale Integration erneuerbarer Energien erlaubt.

Die Green 10 und alle deutschen Umweltverbände rufen die KandidatInnen für das EU-Parlament und alle politischen Parteien dazu auf:

- 1. Stellen Sie sicher, dass das Ziel von einem 20 Prozent geringeren Energieverbrauchs bis zum Jahr 2020 rechtsverbindlich wird.** Das ist das fehlende Glied im Klima- und Energiepaket, das 2008 präsentiert wurde – ein Fehler, dessen Korrektur die EU-Kommission in ihrer Frühjahrstagung verpasst hat.
- 2. Ermöglichen Sie eine starke EU-Politik für Energieeffizienz-Standards von allen neuen und alten Gebäuden.** Das wird Jobs schaffen und Milliarden an Brennstoffkosten einsparen. Es ist zu erwarten, dass allein die Stärkung der existierenden, eher schwachen Richtlinie über das Energieprofil von Gebäuden 460 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen könnte, das heißt etwa zehn Prozent der gesamten EU-CO₂-Emissionen.
- 3. Üben Sie weiter Druck auf den Verkehrssektor aus, um die laufenden Verbesserungen der Energieeffizienz von Autos voranzutreiben.** Auch sollte es Anreize für eine erhebliche Erweiterung öffentlicher Verkehrsmittel geben, sowohl für Personen- als auch Güterverkehr, einschließlich der Erweiterung des europäischen Eisenbahnnetzes. Das würde eine Abkehr von umweltschädlichen Verkehrsmitteln zum so genannten „modal shift“ unterstützen.
- 4. Folgen Sie der Umsetzung der Öko-Design-Richtlinie, sodass eine drastische Steigerung der Energieeffizienz-Standards für eine Vielzahl von Konsum- und Industrieprodukten,** erreicht werden, von Informationstechnologie über Wärmekessel und Kühlschränke bis hin zu in der Industrie eingesetzten Elektromotoren.
- 5. Unterstützen Sie aktiv die Durchführung und Überwachung der Richtlinien für erneuerbare Energien.** Die wirksame und dauerhafte Unterstützung verschiedener Technologien für erneuerbare Energien ist dafür unbedingt erforderlich. Alle Entwicklungen der erneuerbaren Energien müssen einem strategischen Konzept folgen, mit politischen Zielen wie die Stärkung der Ökosysteme für die Anpassung an den Klimawandel, um eine rasche Umsetzung, Planungssicherheit und eine Konfliktminimierung zu gewährleisten.

6. **Stellen Sie die Modernisierung des Stromnetzsystems sicher, sodass die großangelegte Integration von Technologien der erneuerbaren Energien bis 2020 und darüber hinaus, während des schrittweisen Ausstiegs aus der Atom- und Kohleenergiegewinnung, gewährleistet werden kann.** Das muss die Verfügbarkeit eines Netzes zur Stromversorgung mit On- und Offshoreanlagen und deren flexiblen Betrieb mit einschließen.
7. **Beenden Sie stufenweise EU-Subventionen von Exportkreditagenturen und öffentlichen Investmentbanken für Projekte mit fossilen und nuklearen Brennstoffen,** und bieten Sie finanzielle und rechtliche Anreize für Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

4. Lassen Sie Worten Taten folgen – Für einen nachhaltigen EU-Haushalt

Die politischen Herausforderungen der nächsten fünf Jahre

Die Green 10 und die deutschen Umweltverbände begrüßen eine EU-Haushaltsdebatte ohne Tabus als einmalige Gelegenheit, die Ausgaben und Einnahmen der EU in Einklang mit ihren politischen Zielen zu bringen, insbesondere mit der Strategie für nachhaltige Entwicklung, mit der Klimapolitik der EU und mit dem Ziel, den Rückgang der biologischen Vielfalt zu stoppen. Das Prinzip „öffentliche Gelder für öffentliche Waren“ muss im Mittelpunkt jedes EU-Haushalts stehen – alles andere kann vor Steuerzahlern und Mitgliedsstaaten nicht gerechtfertigt werden.

Umweltorganisationen haben den EU-Haushalt für dessen große Mitwirkung an der Umweltzerstörung lange kritisiert. In vielen Punkten steht er im direkten Konflikt mit der EU-Umweltpolitik. Zeitgleich werden zu wenig EU-Finanzmittel für die Durchsetzung der Umweltpolitik innerhalb und außerhalb der EU-Grenzen bereitgestellt.

Trotz einiger begrenzter Reformen taugt die Gemeinsame Agrarpolitik immer noch nicht für eine umweltgerechte, nachhaltige Zukunft. Gelder aus EU-Kohäsions- und Strukturfonds werden oft in Projekte wie neue Autobahnen und Verbrennungsanlagen investiert. Dadurch entstehen mehr Emissionen, die den Treibhauseffekt beschleunigen, und es kommt zu einer Zunahme des Verkehrs. Obwohl zunehmend EU-Technologien zur Umweltverträglichkeitsprüfung verwendet werden, mangelt es weiterhin an politischem Engagement für eine nachhaltige Entwicklung. Ähnliche Probleme gibt es auch in vielen anderen Feldern der EU Ausgaben.

Die Vision der Green 10 und der deutschen Umweltverbände für die nächsten fünf Jahre

Die aufkommende Debatte über die Reformen des EU-Haushalts und die nächste finanzielle Vorausschau für 2014-2020 sollten sich auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in der EU und weltweit konzentrieren. Der finanzielle Einnahmen- und Ausgabenmechanismus der EU sollte sich an einer nachhaltigen Entwicklung orientieren, und keine Ausgaben sollten im Widerspruch zu diesem Ziel stehen. Die EU sollte bei ihren Ausgaben den Fokus auf die Zukunft richten, angesichts der beschränkten Ressourcen der Erde und der Notwendigkeit, Wohlstand für zukünftige Generationen gerecht in der ganzen Welt zu verteilen. Das Europäische Parlament, das großen Einfluss auf den EU-Haushalt hat, sollte die Courage aufbringen, mit der Vergangenheit zu brechen und mit einem visionären und umweltgerechten, Weißbuch starten.

Die Green 10 und die deutschen Umweltverbände rufen die KandidatInnen für das EU-Parlament und alle politischen Parteien dazu auf:

Setzen Sie sich für zwei übergeordnete Richtlinien:

- 1. Nachhaltigkeit in Europa und der Welt** sollte das oberste Ziel des neuen EU-Haushalts sein, mit einer ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimension. Der EU-Haushalt sollte den Zielen der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung folgen, die für nachhaltige Produktion und nachhaltigen Verbrauch steht und den Transportzuwachs vom Wirtschaftswachstum abkoppeln sollte und zu einer "Null-Abfall"-Gesellschaft führt.
- 2. Öffentliche Gelder für demokratisch vereinbarte Politik, die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen für die Gesellschaft als Ganzes.** EU-Finanzmittel¹ müssen klare und definierbare Vorteile in einer messbaren und transparenten Weise für alle EU-Bürger bringen. Die europäische Investitionsbank sollte als Teil dieses Prozesses in ihren Kreditvergaben an die gleichen Prinzipien gebunden sein.

Und unterstützen Sie folgende Maßnahmen:

- 3. Eine ambitionierte, überarbeitete Strategie für nachhaltige Entwicklung**, die die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bestandteile als untrennbare und unauflösliche Komponenten des menschlichen Fortschritts anerkennt. Dies sollte ein übergeordnetes Ziel der EU-Politik werden. Zudem sollte die Fortführung der Lissabonstrategie, eine soziale Agenda und die Gewährleistung, dass mehr Gewicht als zuvor auf die internationale Dimension der Nachhaltigkeit gelegt wird, sichergestellt werden.
- 4.** Eine Klimapolitik, die sicherstellt, dass die EU all ihre Kraft einsetzt, um die globale Erwärmung unter 2°Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu halten.
- 5.** Die Schwerpunkte der internationalen EU-Verpflichtungen, wie die UN-Charta, die UN-Millenniumsziele, die UN-Konvention zum Klimawandel, die UN-Konvention zur Artenvielfalt sowie die Aarhus-Konvention.
- 6. Eine gründliche sozio-ökonomische Analyse der Planung und Durchführung von transeuropäischen Verkehrsnetzen (TEN-T)** und Infrastrukturprojekten seit 1994. Diese Maßnahme sollte die Erreichung der ursprünglichen politischen Ziele und auch die Nachfrageprognosen und Kosten-Nutzen-Analysen einschließen. Aktuelle Pläne von TEN-T müssen angesichts der jüngsten EU-Verpflichtungen zur Begrenzung des Klimawandels und der erneuerten EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung kritische überprüft werden.
- 7. Eine zukünftige Kohäsionspolitik, die einem klimaneutralen und ressourceneffizienten Weg folgt.** Die Integration von ökologischen Zielvorgaben und Angelegenheiten sollten nicht nur vertikal durch direkte ökologische Investitionen, sondern auch horizontal durch Überprüfung der ökologischen Nachhaltigkeit der Ausgaben in allen EU-finanzierten Projekten erfolgen. Diese Ökologisierung der EU-Finanzmittel sollte die Energieeffizienz, erneuerbare Energien, saubere öffentliche Verkehrsmittel, die Abschwächung des Klimawandels, NATURA 2000 geschützte Areale, ökologische Innovationen und umweltgerechte Regierungsführung fördern.

¹ EU-Mittel schließen den Kohäsionsfond, Strukturfond und Mittel für die Beitrittsvorbereitungen der Beitrittskandidaten mit ein.

5. Eine sauberere und sicherere Umwelt für gesündere Europäer

Die politischen Herausforderungen der nächsten fünf Jahre

Die europäischen BürgerInnen machen sich Sorgen über die Luft, die sie atmen, die Nahrungsmittel, die sie verzehren, und das Wasser, das sie trinken. Fast neun von zehn Bürgern sagen, sie sind über die Umweltauswirkungen auf ihre Gesundheit besorgt.

Umweltverschmutzung schädigt die Gesundheit der Menschen in Europa. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erwartet, dass Umweltfaktoren nicht nur bei Unfällen und Verletzungen, sondern auch bei über 80 Krankheiten eine Rolle spielen, einschließlich Allergien und Asthma, Atemwegserkrankungen, Krebs, Herz-Kreislaufkrankungen und mit großer Wahrscheinlichkeit bei Fortpflanzungs- und Entwicklungsstörungen. In der EU verursachen nachweislich äußere und innere Luftverschmutzung, Lärm sowie durch Lebensmittel und Chemie verursachte Krankheiten, einschließlich durch Biozide und Pestizide.

Aufkommende, umweltbedingte Gesundheitsrisiken wie Hitzewellen, Überschwemmungen, die Rückkehr von einigen "tropischen" Krankheiten, Nanotechnologien, und elektromagnetische Felder finden ihre Ursachen im Klimawandel. Mehr als die Hälfte der befragten BürgerInnen glauben, dass die EU nicht genug für die Gesundheit unternimmt. Obwohl die Lebenserwartung in Europa weiter ansteigt, nehmen Allergien und einige Krebserkrankungen, vor allem bei Kindern, ebenfalls stetig zu. Schätzungen zufolge hat derzeit jedes vierte Kind eine Allergie. Zudem steigen Kinderkrebserkrankungen pro Jahr um ein Prozent an. Trotz dieser Ergebnisse könnten bessere Luftqualitätsstandards dazu beitragen, Asthmaerkrankungen zu reduzieren und zur Verbesserung der Gesundheit der Atemwege beitragen. Eine sorgfältige Umsetzung der neuen Chemikalienpolitik REACH wird die Belastung durch viele Krankheiten reduzieren. In der Tat sind viele Wissenschaftler der Ansicht, dass die Beschränkung bestimmter chemischer Substanzen der Schlüssel ist, um die rasch steigenden Brust- und Prostatakrebserkrankungen in Europa wieder abzusenken. Abgesehen von dem menschlichen Elend, das Krebs verursacht, kostet jeder Krebsfall im Durchschnitt 2,14 Millionen Euro im Jahr.

Die Visionen der Green 10 und der deutschen Umweltverbände für die nächsten fünf Jahre

Trotz der oben genannten Problematik beginnt die EU erst jetzt, mit ihrer Umweltgesundheitspolitik einen Beitrag zur Verbesserung der menschlichen Gesundheit zu leisten. Die bevorstehenden Herausforderungen bestehen darin, einige der modernen, im Zusammenhang mit der Umweltgesundheit stehenden Pandemien wie Krebs, Fettleibigkeit, psychische Probleme, Herz- und Atemwegserkrankungen sowie Fruchtbarkeitsstörungen unter Kontrolle zu bringen. Anstatt auf die Heilung sollte der Schwerpunkt besser auf die Prävention von Ersterkrankungen gelegt werden.

Wichtig ist eine Strategie, die sicherstellt, dass das Budget der EU-Umwelt- und Gesundheitsforschung für Informations- und Politikmaßnahmen eingesetzt wird. Insbesondere muss mehr Aufmerksamkeit auf Folgendes gelegt werden: Beschleunigung der Einbeziehung neuester Ergebnisse der Gesundheitsforschung in die Politik und die Festlegung von Standards, die auf die Bedürfnisse besonders gefährdeter Gruppen wie Kinder, Schwangere, ältere Menschen und Menschen mit bereits vorhandenen Krankheiten eingehen. Darüber hinaus müssen wir dafür sorgen, dass die tatsächlichen Kosten für eine Untätigkeit bei Gesundheitsthemen in der Energie-, Verkehrs-, Chemikalien- und Biozidpolitik in die Politikgestaltung aufgenommen werden, um so eine nachhaltigere und gesündere Zukunft zu fördern. Insgesamt möchten die Green 10 und die deutschen Umweltorganisationen, dass die

ParlamentarierInnen den Nutzen vom Schutz der Biodiversität und den Nutzen einer gesunden ländlichen und städtischen menschlichen Umwelt, auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft, gewissenhaft prüfen.

Die Green 10 und die deutschen Umweltverbände rufen die KandidatInnen für das EU-Parlament und alle politischen Parteien dazu auf:

1. Erneuern Sie die Unterstützung für konkrete Maßnahmen beim **EU-Aktionsplan für Umwelt und Gesundheit von 2004-2010 und entwickeln Sie eine klare Vision für die Zeit nach 2010**. Unterstützen Sie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bei der Umwelt- und Gesundheitsministerkonferenz im Prozess des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans in Europa und weltweit.
2. Rufen Sie die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten weiter dazu auf, ein EU-weites **Human-Biomonitoring Überwachungssystem** mit Verbindungen zu umweltpolitischer Gesetzgebung, Überwachung und Gesundheitsindikatoren finanziell und politisch zu unterstützen.
3. Stellen Sie sicher, dass die öffentliche Gesundheit im Mittelpunkt der Politik bei der Anpassung an den Klimawandel steht, sowohl in der EU als auch weltweit. Gewährleisten Sie, dass der Gesundheitsschutz bei Maßnahmen zum Klimaschutz in vollem Umfang bei innenpolitischen Handlungen der EU berücksichtigt wird.

Chemikalien / REACH

1. **Die Europäische Chemieagentur (ECHA) streng überwachen**. Dies erfolgt über die Aufsicht der und Posten in der ECHA-Geschäftsführung, um eine regelmäßige Berichterstattung an das EU-Parlament zu gewährleisten, und es erfolgt durch die genaue Prüfung der Arbeitsprogramme und der jährlichen allgemeinen Finanzberichte, um sicherzustellen, dass die Chemiegesetzgebung REACH tatsächlich umgesetzt wird.
2. **Stellen Sie sicher, dass eine maximale Anzahl von Chemikalien, die die Kriterien für besonders besorgniserregende Stoffe unter REACH erfüllen**, einschließlich Chemikalien, die für Hormonstörungen bekannt sind, auf die Antragsliste (Annex XV) gesetzt werden, und dass diese Stoffe so schnell wie möglich Gegenstand der Genehmigungsverfahren werden, oder dass sie kontinuierlich zur Liste hinzugefügt werden, wenn neue Informationen auftauchen.

Luftqualität

1. **Stellen Sie die Überarbeitung der nationalen Emissionshöchstmengen (NEC) sicher, die ambitionierte Emissions-Reduktionsziele für 2020 mit einschließt** und verweigern Sie jede Schwächung der bestehenden Ziele für 2010. Gewährleisten Sie 2013 eine Überprüfung der Gesundheitsstandards bei der Luftqualität, die einen Mindeststandard des Gesundheitsschutzes auf Basis der Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation haben müssen. Ein Mindestmaß an Ehrgeiz sollte außerdem die Zielvorgaben für den Klimawandel mit einschließen (siehe Abschnitt Klima).
2. **Gewährleisten Sie, dass die Kommission ein Grünbuch zur Luftverschmutzung in Innenräumen entwickelt**, das zu konkreten EU-Gesetzesentwürfen führt, die auf den WHO-Richtlinien zur Innenraumluft und zu Revisionen der anderen

einschlägigen EU-Richtlinien über die Energieeffizienz von Gebäuden und Bauprodukten beruhen.

Biozide

1. **Garantieren Sie die Überarbeitung von Rechtsvorschriften zu Bioziden, die ein Höchstmaß an Gesundheitsschutz**, vor allem für Kinder, ältere Menschen und alle anderen schutzbedürftigen Gruppen, aufweist. Stellen Sie sicher, dass aktive Stoffe, die von der Gemeinschaft als entweder krebserregend, erbgutverändernd, fortpflanzungsgefährdend oder das endokrine System störend eingestuft werden, nicht mehr länger zugelassen werden. Außerdem soll neurotoxischen und immuntoxischen Stoffe nicht mehr die Zulassung erteilt werden und die potenziellen Wechselwirkungen mit anderen Stoffen berücksichtigt werden.

Nanotechnologie, Elektromagnetische Felder und Lärm

1. **Beschränken Sie das in Umlauf bringen und die Verwendung von Nanomaterialien** auf dem EU-Markt, bis die ökologischen und gesundheitlichen Auswirkungen der Nanotechnologie in vollem Umfang verstanden werden. Ein angemessener regulatorischer Rahmen auf Grundlage des Vorsorgeprinzips, einschließlich einer klaren Anforderung für die Kennzeichnung, ist erforderlich.
2. **Überprüfen Sie alle Regelungen zu elektromagnetischen Feldern (EMF)** auf Grundlage neuer Erkenntnisse und im Hinblick auf eine verstärkte Belastung durch mobile Geräte und erforschte Gesundheitsauswirkungen, wie sie im Bericht und in der Empfehlung der BioInitiative beschrieben wurden.
3. Stellen Sie eine weitere Reduktion der Lärmbelastung sicher, die während der **Revision der Richtlinien zum Umgebungslärm** gewährleistet werden sollte.

6. Globale Verantwortung übernehmen

Die politischen Herausforderungen der nächsten fünf Jahre

Mit ihrer globalen Präsenz und ihrem globalen Einfluss hat die EU eine besondere Verantwortung für den Rest der Welt. Die EU ist der weltweit größte Binnenmarkt und der wichtigste Handelspartner sowie mit 46 Milliarden Euro pro Jahr der größte internationale Fördergeldgeber für Entwicklungshilfe. Obwohl die EU traditionsgemäß ein Vorreiter der ökologischen Gesetzesinitiativen ist, hat sie vor kurzem in ihrer „Global Europe“-Agenda eine schrittweise Anpassung ihres außenpolitischen Schwerpunkts auf „Wettbewerbsfähigkeit“ umgestellt. Damit will die EU eine Antwort auf neue, globale Herausforderungen geben, z.B. den Aufstieg von China und Indien. Das Ziel ist dabei, den europäischen Unternehmen einen sicheren Zugang zu natürlichen Ressourcen im Ausland zu gewährleisten. Parallel dazu wurden die UN-Millenniumsentwicklungsziele zur Entwicklung (MDGs) im Jahr 2000 von der internationalen Gemeinschaft verabschiedet und sollen bis 2015 erreicht werden. Doch viele dieser Ziele, einschließlich MGD7, das die ökologische Nachhaltigkeit betrifft und die Basis für grundlegende menschliche Entwicklung ist, sind bei weitem noch nicht in trockenen Tüchern. Der neue Lissabon-Vertrag (sollte er ohne Änderungen der betroffenen Teile in Kraft treten) würde die führenden Ziele der nachhaltigen Entwicklung bekräftigen, zum Umweltschutz beitragen und zu einer neuen Architektur der Außenpolitik der EU führen.

Die Vision der Green 10 und der deutschen Umweltverbände für die nächsten fünf Jahre:

Die Außenpolitik der EU, einschließlich Handel, Investitionen, Beihilfen und anderen Politikfeldern, die einen externen ökologischen Fußabdruck hinterlassen, müssen hinsichtlich des Ziels einer ökologischen Nachhaltigkeit angepasst und bewertet werden. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der Parlamente der ganzen Welt sollten weiterhin die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Themen Umwelt, Menschenrechte und soziale Probleme lenken und dafür sorgen, dass konkrete Schritte für den Wandel genauso wie Transparenz und Rechenschaftspflicht sowie die Beteiligung der Zivilgesellschaft gewährleistet werden.

Die Green 10 und die deutschen Umweltverbände rufen die KandidatInnen für das EU-Parlament und alle politischen Parteien dazu auf:

- 1. Stellen Sie eine bessere Integration kritischer Querschnittsthemen in der Entwicklungszusammenarbeit der EU-Politik sicher, die die ökologische Nachhaltigkeit mit einschließt**, um die Effizienz und die Auswirkungen der Beihilfen zu verbessern (siehe EP-Bericht A6-0476/2006).
- 2. Stellen Sie politische Kohärenz in der EU-Politik sicher.** Die Politik in den Bereichen Handel, Investitionen, Landwirtschaft, Energie und Sicherheit sollte nicht die internationalen Verpflichtungen und Maßnahmen für die Umwelt, den Klimawandel und die Entwicklung untergraben, sondern unterstützen.
- 3. Fordern Sie die Erreichung rechtsverbindlicher Bestimmungen, um sicherzustellen, dass Tätigkeiten europäischer Unternehmen im Ausland nicht gegen Menschenrechte und die ökologische Nachhaltigkeit verstoßen.**
4. Gewährleisten Sie, dass die europäischen Ausgaben für die Entwicklung über die Europäische Investitionsbank und andere Institute (z.B. Weltbank) die Ziele für nachhaltige Entwicklung der EU unterstützen und nicht untergraben.
- 5. Stellen Sie sicher, dass neue und zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden (über transatlantische Entwicklungshilfe und darüber hinaus), um Entwicklungsländer mit klimafreundlichen Entwicklungen, die im Einklang mit dem Verursacherprinzip und mit der UNFCCC-Struktur stehen, bei einer Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels zu unterstützen.** Zusätzlich wird ein Finanzmechanismus benötigt, um die Entwaldung zu stoppen und umzukehren. Die Erhaltung und Wiederherstellung der Ökosystemfunktionen, von denen die Menschheit abhängt, werden helfen, dem Klimawandel zu widerstehen und die Möglichkeiten zur Anpassung stärken.

7. Eine neue internationale Übereinkunft zum Klimawandel unter Führung der EU

Die politischen Herausforderungen für die nächsten fünf Jahre

Die EU hat das lange bestehende Ziel, die Steigerung der globalen Durchschnittstemperatur auf unter 2° C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu halten. Das Szenario, das am ehesten mit diesem Ziel vereinbar ist und über das im letzten Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaveränderungen berichtet wurde, setzt darauf, dass die globalen Emissionen zwischen 2000 und 2015 ihren Höhepunkt erreichen und danach zurückgehen werden. Ein globales Abkommen mit Bestimmungen und Gültigkeitsbereichen, die den Herausforderungen entsprechen, muss 2009 in Kopenhagen verabschiedet werden. Entscheidungsfindung und die Durchführung von Maßnahmen werden in den nächsten fünf Jahren in der EU, als einem der Wirtschaftsräume mit den meisten Emissionen und hoher, historischer Verantwortung, von entscheidender Bedeutung sein. Es wird sich zeigen, ob die Union ihren Anteil an der Vermeidung des Klimawandels, der die Menschen und Ökosysteme bedroht, leisten wird.

Die Vision der Green 10 und der deutschen Umweltverbände für die nächsten fünf Jahre

Um den Klimawandel zu verhindern, muss die EU Fortschritte bei der Umgestaltung ihrer Wirtschaft machen. Dafür muss sich die EU von einer Energie verschwendenden Wirtschaft zu einer sehr effizienten Wirtschaft entwickeln, die von fossilen auf erneuerbare Ressourcen umsteigt. Dabei sollte die EU keine falschen Lösungswege, wie derzeit die Atomenergie, fördern. Stattdessen sollte die EU eine Politik betreiben, mit der sie den Ausstoß von Treibhausgasen reduziert. Dies wäre ein Nutzen für die Bereiche Gesundheit, Ökosysteme, Erhaltung der Biodiversität, Verringerung der Armut und Arbeitsbeschaffung sowie Sicherheit in der Energieversorgung. Die Emissionssenkung, die die EU erreichen müsste, muss im Einklang mit den besten verfügbaren wissenschaftlichen Informationen stehen und an neue wissenschaftliche Erkenntnisse anpassbar sein. Gleichzeitig sind mittel- und langfristige, vorläufige Ziele, hin zu einer Emissionsreduktion zu entwickeln. Die EU muss die Herausforderungen des Klimawandels in eine Chance verwandeln, die Europa nachhaltig und zur ressourceneffizientesten Wirtschaft der Welt macht: Die Kosten des Nichtstuns wären viel höher als die Kosten für eine Umsetzung dieses Ziels.

Die Green 10 und die deutschen Umweltverbände rufen die KandidatInnen für das EU-Parlament und alle politischen Parteien auf:

- 1. Setzen Sie sich für die Notwendigkeit einer mindestens 30%-igen Reduzierung der Inlandsemissionen im Vergleichszeitraum 1990 bis 2020 ein.** Das sollte einen effektiven Prüfungsmechanismus mit einschließen, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen zur Emissionsreduzierung einhalten.
- 2. Stellen Sie sicher, dass die Rechtsvorschriften für erneuerbare Energien und Energieeffizienz im Einklang mit dem Emissionsreduktionsziel von 30 % liegen** und mit verbindlichen Zielen und verbindlicher Politik hinterlegt sind. Sorgen Sie dafür, dass alle relevanten EU-Politikfelder mit Maßnahmen und Investitionen (durch EU-Mittel und die Europäische Investitionsbank) einen Beitrag zur Verringerung der Emissionen in einer nachhaltigen Art und Weise leisten.

3. **Stellen Sie sicher, dass die EU wirksame und konsequente politische Maßnahmen in allen relevanten Bereichen zur Anpassung an den Klimawandel verabschiedet.** Diese sollten alle im Einklang mit der Stärkung der Ökosysteme stehen und die Auseinandersetzung mit bestehenden Gefahren für die biologische Vielfalt und ökologische Leistung umfassen. Die Umsetzung, die Stärkung und die angemessene Finanzierung der bestehenden Umweltvorschriften (wie die Wasser-Rahmenrichtlinie und Natura-2000-Richtlinien) sind von wesentlicher Bedeutung für die Anpassung an den Klimawandel.
4. **Stärkung des EU-Emissionshandelssystem, sodass es sein Potenzial als fairer und kostengünstiger Mechanismus zur Verringerung der Emissionen in den energieintensiven Industrien der EU ausschöpft.** Dies beinhaltet die vollständige Versteigerung der Emissionszertifikate für alle Sektoren ab 2013 und dass die Einnahmen zweckgebunden für die Emissionsreduktion und die Anpassungsaktivitäten eingesetzt werden. Eine Hälfte sollte in der EU und die andere Hälfte in Entwicklungsländern eingesetzt werden.
5. **Sichern Sie zusätzliche finanzielle und technologische Ressourcen, um die Entwicklungsländer zu unterstützen.** Damit gewährleisten Sie eine kohlenstoffarme Entwicklung, die nachhaltige Anpassung bedeutet.
6. **Die Mitgliedstaaten sollten Fortschritte bei verbindlichen Treibhausgasreduktionen in den Entwicklungsländern erzielen,** zusätzlich zu ihrem Engagement für inländische Emissionsreduktion. Stellen Sie die Etablierung eines Finanzierungsmechanismus sicher, um die Entwaldung zu stoppen und umzukehren.
7. **Vermeiden Sie eine unsystematische Behandlung einzelner Schadstoffe** und unterstützen Sie stattdessen einen integrativen Ansatz zur Verringerung und Anpassung an den Klimawandel, der Zusatznutzen einbezieht und auf Synergien mit anderen Politikfeldern zielt, zum Beispiel Biodiversität, Armutsbegrenzung, öffentliche Gesundheit und Energiesicherheit. Alle diese Felder können möglicherweise die Kosten für den Klimawandels verringern.
8. **Übernehmen Sie eine weltweit führende Position in der Arbeit mit internationalen Partnern,** die Gesetzgeber in den Mitgliedstaaten und anderen Ländern einschließt, damit 2009 in Kopenhagen eine globale Vereinbarung zur Vermeidung des Klimawandels getroffen werden kann.
9. **Fordern Sie die Kommission zu Gesetzesinitiativen auf, die sicherstellt, dass die Europäische Investitionsbank die Auswirkungen des Klimawandels** bei der Entwicklung oder Sicherung von Darlehen berücksichtigt. Außerdem soll sie ein Moratorium über die Finanzierung auferlegen, bis genügend Daten verfügbar sind, die mit den Gutachten der OECD, G8 und dem Bericht der Rohstoffindustrie übereinstimmen.

8. Machen Sie Europa zur transporteffizientesten Wirtschaft der Welt

Die politischen Herausforderungen für die nächsten fünf Jahre.

Um verbindliche Ziele für die Transporteffizienz der europäischen Wirtschaft festzulegen, sind ein energieeffizienter Transport und die CO₂-Minimierung von Verkehrskraftstoffen nötig, sodass die Entwicklung der Treibhausgasemissionen aus Europas Verkehrssystem in Einklang stehen mit der Gesamtreduktion von 30 Prozent der Treibhausgase bis 2020. Die EU und die Europäische Investitionsbank stehen kurz davor, 150 Milliarden Euro für Verkehrsprojekte in ganz Europa auszugeben. Die Auswirkungen dieser Projekte auf einige von Europas bedeutendsten Naturschutzgebiete könnten verheerend sein – über tausend Natura-2000-Gebiete könnten durch 21 der priorisierten Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T) beschädigt werden. Wenn die Biodiversität und die Ökosysteme den Klimawandel überstehen sollen, müssen sie geschützt und andere EU-Politikfelder (einschließlich Verkehr) mit diesem Schutz in Einklang gebracht werden.

Die Vision der Green 10 und der deutschen Umweltverbände für die nächsten fünf Jahre

Europas Stärke in der Bewältigung der Verkehrsumweltauswirkungen hat in erster Linie zu kompromisslosen Umweltstandards für Kraftfahrzeuge und deren Kraftstoffen geführt. In einigen Fällen wurden diese erfolgreich umgesetzt (z.B. Luftverschmutzung), in anderen Fällen wie etwa CO₂ und Lärm weit weniger erfolgreich.

Europa muss diese Stärke weiter ausbauen, denn die Aufgabe ist noch lange nicht erfüllt. Autos, Lieferwagen, Lastkraftwagen, ganz zu schweigen von Flugzeugen und Schiffen, müssen sehr viel energieeffizienter werden und die vom Verkehr verursachte Menge an Kohlenstoff muss drastisch verkleinert werden. Allerdings frisst der unaufhaltsame Anstieg der Verkehrsnachfrage die Nutzen der besseren Technologie auf. Unsere große Herausforderung ist, Europas Wirtschaft zur verkehrseffizientesten Wirtschaft der Welt zu machen, einer Wirtschaft, die weniger Verkehr für ihr Wachstum benötigt. Es gibt hier eine Analogie zur Energieeffizienz. Verkehr und Energieverbrauch sind in vielerlei Hinsicht gleich. Beide sind in jeder modernen Wirtschaft unerlässlich, beide sind Mittel zum Zweck und kein Selbstzweck. Beide sind keine betriebsfremden Kosten an sich, sondern vielmehr eine wichtige Ursache für betriebsfremde Kosten. Aber am Ende ist entscheidend, dass sie Kosten für die Gesellschaft sind und so sparsam wie möglich eingesetzt werden müssen.

Dreißig Jahre später haben Entscheidungsträger in der Verkehrspolitik einiges an Nachholarbeit zu leisten. Es gibt viele wissenschaftliche Beweise dafür, dass die Verringerung des Verkehrsaufkommens zahlreiche positive Folgen hat (besseren Verkehrsfluss, Verbesserung der Sicherheit, Reduzierung von umwelt- und gesundheitlichen Auswirkungen) – vor allem, wenn Transportkosten wie allgemein zu niedrig angesetzt sind. Die Preisbildung im Verkehrssektor ist von entscheidender Bedeutung. Die EU sollte keine Hindernisse in der Preisbildung im Verkehrssektor setzen, wie sie es derzeit tut, sondern stattdessen die Mitgliedstaaten dazu ermuntern und verpflichten, intelligente Entgeltsysteme für die Benutzung der Infrastruktur einzuführen.

Die Green 10 und die deutschen Umweltverbände rufen die KandidatInnen für das EU-Parlament und alle politischen Parteien auf:

- 1. Führen Sie ein branchenspezifisches Treibhausgasreduktionsziel für den Verkehr ein (einschließlich Luft- und Schifffahrt),** um bis 2020 das EU-Treibhausgasziel von 30 Prozent Einsparung bis 2020 zu erreichen. Außerdem werden spezifisch zugrunde liegende Ziele für die Verkehrseffizienz der europäischen Wirtschaft, Energieeffizienz und die CO₂-Minimierung der Kraftstoffe für das Verkehrswesen benötigt. Eine Aufnahme des Straßenverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem (ETS) sollte vermieden werden.
2. Antrieb für eine viel bessere Überwachung der Umweltauswirkungen auf die EU und die von der Europäischen Investitionsbank finanzierten Verkehrsprojekte, vor allem, damit neue Projekte keinen negativen Einfluss auf die biologische Vielfalt haben.
- 3. Erleichterung für die Erhebung der LKW Mautgebühren in Europa**
- 4. Führen Sie strenge Standards für den Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen, Feinstaub (PM) sowie Standards für Stickoxid (NOx) bei Schiffsmotoren ein,** beides auf IMO- und EU-Ebene.
- 5. Stellen Sie sicher, dass die Finanzierungen der Europäischen Investitionsbank über Struktur- und Kohäsionsfonds in erster Linie für umweltfreundliche Verkehrsprojekte** wie Verkehrsmanagementsysteme, städtische und regionale öffentliche Verkehrsmittel, kombinierte Verkehrslösungen (intermodale Lösungen) und Radwege eingesetzt werden.
- 6. Lehnen Sie Projekte des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-T) ab und senden Sie damit eine starke politische Botschaft, da dieses Netz erhebliche Umweltauswirkungen einschließlich der Auswirkungen auf die Biodiversität mit sich bringen würde.** Die vollständige Umweltprüfung solcher Projekte, die von EU und Europäischer Investitionsbank gefördert werden, sollte allem vorangestellt werden.

9. Agieren Sie im Rahmen der verfügbaren natürlichen Ressourcen

Die politischen Herausforderungen der nächsten fünf Jahre

Es gibt eine steigende Sensibilisierung und Belege dafür, dass wir in einer Welt mit begrenzten Ressourcen leben. Globale Preisanstiege für Grundnahrungsmittel wie Reis und weit verbreitete Mineralien oder Metalle wie Kupfer, unterstreichen dies. Indikatoren für Biokapazitäten wie der ökologische Fußabdruck zeigen, dass die Bevölkerung des Planeten seit Mitte der 1980er Jahre ökologische Schulden macht und wir mit unserem derzeitigen Tempo etwa 25 Prozent über der tatsächlichen Ressourcentragfähigkeit unseres Planeten leben. Das Millennium Ecosystem Assessment von 2005 zeigte, dass sich bereits zwei Drittel der weltweiten Ökosysteme im Verfall befinden. Die Mehrheit der Nachfrage nach natürlichen Ressourcen kommt aus westlichen, industrialisierten Gesellschaften mit Volkswirtschaften, die auf einem nicht nachhaltigem Level sowie nicht nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern basieren. Die

Menge der eingesetzten Ressourcen und der Druck auf die Umwelt, der von der reichen Minderheit der Weltbevölkerung verursacht wird, mindern die Fähigkeit des Planeten, uns künftig zu tragen. Das ist der Fall, obwohl die Mehrheit der Weltbevölkerung noch immer kaum Zugang zu den Ressourcen hat, den sie für einen angemessenen Lebensstandard benötigen. Die nachhaltige Ressourcennutzung ist auch im Zusammenhang mit dem Bergbau unter umwelt- und sozialverträglichen Umständen bzw. Bedingungen ein Thema, das in der EU meist sehr vernachlässigt wurde. Ein Viertel der befragten EU-Bürger (Eurobarometer März 2008) nannte die „Erschöpfung der natürlichen Ressourcen“ als eines der wichtigsten Umweltprobleme.

Die EU behauptet zwar, eine ressourceneffiziente Gesellschaft zu sein, unterstützt dies aber nicht mit ihrer Politik. Die thematische Strategie für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen der EU, die im Jahr 2005 von der Kommission verabschiedet wurde, enthielt keine Ziele oder Zeitpläne, sondern konzentrierte sich mehr auf eine Sammlung von Basisdaten und die Einführung eines Lebenszyklusansatzes für die politische Entwicklung. Die Abfall- und Produktpolitik wurde auch noch nicht soweit entwickelt, um eine ernsthafte Verlinkung zwischen Ressourceneffizienz oder Ressourcenverbrauch und Abfallvermeidung oder Recycling zu schaffen. Der Aktionsplan der Kommission für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion (SCP), der im Juli 2008 veröffentlicht wurde, fällt weit hinter das Ziel zurück, die Konsum- und Produktionsmuster zu verändern, geschweige denn solche Veränderungen zu beschleunigen.

Die Vision der Green 10 und der deutschen Umweltverbände für die nächsten fünf Jahre

Europa hat globale Verantwortung, um eine Führungsrolle in der Entwicklung einer Strategie für natürliche Ressourcen einzunehmen und etwas gegen die ungerechte globale Nutzung der natürlichen Ressourcen zu unternehmen. Insbesondere gilt dies für die Festlegung der politischen Prioritäten, die auf Grundlage der limitierten Nutzung von natürlichen Ressourcen basieren müssen. Die EU muss ehrgeizige, aber notwendige Ziele für sich selbst realisieren, wie etwa eine Effizienzsteigerung um den Faktor 4 ab 2030 und um den Faktor 10 ab 2050 (im Vergleich mit den derzeitigen Effizienzebenen). Dies muss erreicht werden durch spezielle Politik für vorrangige Produktions- und Produktbereiche, durch größtmögliche Materialsammlung für Recyclingzwecke, durch eine starke rechtliche und steuerliche Unterstützung für die Wiederaufbereitung in der Produktion und schließlich und so weit wie möglich durch die Verringerung der Verkehrsauswirkungen.

Die Green 10 und die deutschen Umweltverbände rufen die KandidatInnen für das EU-Parlament und alle politischen Parteien dazu auf:

- 1. Machen Sie das Europäische Parlament zu einem Vorreiter für einen ehrgeizigen neuen politischen Rahmen, der die Veränderung hin zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmuster beschleunigt.** Bestehen Sie insbesondere auf die Ausweitung der Ökodesign-Richtlinie, sodass sie mehr auf die Produkte fokussiert ist und sich deutlich auf die Auswirkungen für die natürlichen Ressourcen konzentriert. Das Parlament wird auch die vorgeschlagenen Änderungen in der Verordnung zum Europäischen Umweltzeichen blockieren müssen, die Unternehmen gestatten würden, nach dem neuen Konzept der "Selbsterklärung" zu verfahren, also anders als die gegenwärtige unabhängige Überprüfung der Produkte durch formelle Verfahren.

2. **Verlangen Sie eine EU-Strategie für natürliche Ressourcen, die der Eskalation der globalen Krise in der Verfügbarkeit und Nutzbarkeit natürlicher Ressourcen durch klare Zielvorgaben entgegenwirkt.** Die Strategie muss zudem die Ressourceneffizienz um den Faktor 4 ab 2030 und um den Faktor 10 ab 2050 auf einem ehrgeizigem Level für eine nachhaltige Produktion mit natürlichen Ressourcen beinhalten.
3. **Stellen Sie sicher, dass die EU eine Führungsrolle bei der Reduzierung negativer Auswirkungen des Bergbaus innerhalb der EU und weltweit einnimmt.** Die neue EU-Strategie für nichtenergetische Rohstoffe sollte vor allem die EU-Ziele zum Klimawandel und zur Biodiversität berücksichtigen und entsprechende Schutzmaßnahmen fördern. Außerdem sollte die Strategie eine breite Palette ökologischer und sozialer Themen zum Bergbau umfassen, von der Wahl des Bergbaustandorts bis hin zur Aufgabe der Abwrackung.
4. **Bestehen Sie darauf, dass die überarbeitete thematische Strategie zur Abfallvermeidung und zum Recycling (für die Diskussion 2010) die EU-Ziele zur Abfallvermeidung verfolgt** und geeignete politische Maßnahmen ergriffen werden, um ein effektives und maximiertes Abfallrecycling zu gewährleisten, das systematischer als die kürzlich vereinbarten Ziele bei der Revision der Abfallrahmenrichtlinien ist.
5. **Fördern Sie eine erneute Debatte über das Thema: „Gibt es ein Leben nach dem Bruttoinlandsprodukt“,** auch als „Beyond GDP Agenda“ bekannt und über die steuerliche Förderung von Mechanismen, die mehr nachhaltige Nutzung von Ressourcen versprechen, einschließlich der Produkte, die aus recyclefähigem Material bestehen und die ressourceneffizienter und mit einem Öko-Siegel ausgestattet sind (unabhängig, ob Fair-Trade-, Bio-, oder Ökosiegel).
6. **Fördern Sie ein rechtsverbindliches, 100% umweltfreundliches öffentliches Beschaffungswesen auf allen Ebenen der öffentlichen Hand ab 2020.**

10. Verbessern Sie die Umsetzung in der Gesetzgebung

Die politische Herausforderung der nächsten fünf Jahre

EU-Umweltvorschriften wurden von den Mitgliedstaaten offenkundig schlecht umgesetzt. Vertragsverletzungen mit Umweltbezug machten fortwährend fast die Hälfte aller Vertragsverletzungsverfahren in der EU aus. Das 6. Aktionsprogramm der Gemeinschaft will die wirksame Umsetzung und Durchführung des Gemeinschaftsrechts im Umweltbereich als ein zentrales strategisches Ziel etablieren. Das Europäische Parlament bekräftigt dies in seinem Bericht über die Halbzeitbewertung des 6. Umwelt-Aktionsprogramms. Darüber hinaus sind die Institutionen des EU-Haushalts dazu aufgerufen, sicherzustellen, dass die Kommission über alle finanziellen und personellen Ressourcen verfügt, um die Umsetzung der bestehenden Rechtsvorschriften in allen Mitgliedstaaten möglichst effizient überwachen zu können. Daran muss auf allen jährlichen Haushaltsverhandlungen erinnert werden. Mitglieder des Europäischen Parlaments haben eine wichtige Rolle gegenüber der Kommission und des Rates bei der Beaufsichtigung der konkreten Umsetzung und Durchführung der Umweltgesetze. Umwelt und Gesundheit sind Schlüsselbelange für die EU-BürgerInnen. Das Bewusstsein der BürgerInnen wächst, dass eine saubere und gesunde Umwelt eine wesentliche Voraussetzung für ihr

Wohlergehen und auf lange Sicht eine Voraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist. Die Glaubwürdigkeit der EU hängt stark von der damit zusammenhängenden Politik in diesen Bereichen ab, und die Durchsetzung des EU-Rechts ist ein wichtiger Teil davon.

Die Vision der Green 10 und der deutschen Umweltverbände für die nächsten fünf Jahre

Die Annahme von starken Rechtsvorschriften ist wichtig, kann aber nur der erste Schritt auf dem Weg zu einem guten, EU-weiten Umwelt- und Gesundheitsschutz sein. Nachdem so viel Zeit und Mühe für die Annahme von Gesetzen investiert wurde, sollten sich die ParlamentarierInnen mehr bei deren Umsetzung und Durchführung engagieren. Die Green 10 und die deutschen Umweltverbände möchten die Mitglieder des neuen Parlaments darin bestärken, den Umsetzungsprozess stärker zu beachten.

Das Europäische Parlament hat das Recht, Berichte zu verlangen, und sollte dieses Recht auch nutzen, um Mitgliedstaaten für ihre Versäumnisse haftbar zu machen. Eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten könnte zu mehr Unterstützung und einer besseren Durchsetzung von EU-Gesetzen auf nationaler Ebene führen.

Wir rufen die KandidatInnen für das EU-Parlament und alle politischen Parteien dazu auf:

- 1. Organisieren Sie regelmäßige Debatten mit der Kommission und dem Rat über die Fortschritte bei der Umsetzung von Umwelt-Richtlinien** in allen EU-Mitgliedstaaten und widerstehen Sie den Versuchen, die Meldepflichten an das Europäische Parlament zu verringern. Gute Berichterstattung ist eine grundlegende Voraussetzung für eine gute Kontrolle.
- 2. Bestehen Sie darauf, dass ausreichend Ressourcen für die zuständigen Dienststellen der Kommission für die Aufsicht der Durchführung von Umwelt-Richtlinien** zur Verfügung stehen. Sorgen Sie auch dafür, dass ausreichend Finanzmittel und Personal zur Verfügung stehen, um die Umsetzung und Durchsetzung des Umweltrechts in allen Mitgliedstaaten zu fördern.
- 3. Stellen Sie sicher, dass alle EU-Politikfelder die wirksame Umsetzung des Umweltrechts unterstützen und nicht behindern. Initiativen sollen für eine „bessere Rechtsetzung“ auf eindeutige und transparente Regeln abzielen**, die Doppelarbeit vermeiden, aber bestehende Rechtsvorschriften auf keinen Fall schwächen. Klare und transparente Regeln leisten ihren Beitrag für eine bessere Umsetzung.
- 4. Bestehen Sie darauf, dass verbindliche Rechtsvorschriften mit klaren Zielvorgaben und Zeitplänen vorrangig dazu dienen, Umweltziele zu erreichen und dass sie die Kontrolle der Aufgaben erleichtert.**
- 5. Bestehen Sie auf eine Revision der EU-Regelungen zur Aarhus-Verordnung, sodass öffentliche Interessengruppen Zugang zu einer rechtlichen Überprüfung der Entscheidungen der EU-Institutionen bekommen**, um die Interessen der Bürger bei umweltbezogenen Fragen zu vertreten.